

**Quelle: DerStandard 11.01.11**

***Ein Konzept von bewegender Ahnungslosigkeit***

*Das bildungspolitische Papier der ÖVP zur Schulreform ist an Unüberlegtheit und inhaltlicher Dürftigkeit kaum zu unterbieten. Zudem hat sich die Partei damit ein erhebliches Glaubwürdigkeitsproblem eingehandelt.*

*Karl Heinz Gruber*

Es gibt keine Mindeststandards, wie ausführlich und fundiert ein Bildungsprogramm oder Bildungskonzept zu sein hat, aber die vier (!) Seiten, die das neue Bildungsprogramm der ÖVP umfasst, dürften alles unterbieten, was in den letzten Jahrzehnten irgendwo in Europa eine staatstragende Partei zur Schulreform vorgelegt hat. Es ist kaum zu glauben, aber zu diesem Papier, das aussieht, als sei es auf einer Bahnfahrt vom Bruck an der Mur nach Wien "konzipiert" worden, haben die ÖVP-Bildungs-"Experten" etwa ein Jahr gebraucht.

Was auf diesen vier Seiten ohne jegliche Begründung in schlichten Aussagesätzen und einfach so hingeschriebenen Forderungen aufgelistet ist, lässt sich am besten mit einem Bild umschreiben, das dem schollen-, aber leider nicht schulnahen Ex-Landwirtschaftsminister ÖVP-Obmann Josef Pröll bestens vertraut sein dürfte: eine Menge Spreu, ein bisschen Weizen und eine ordentliche Portion giftiges schwarzes Mutterkorn. Es ist schwer nachzuvollziehen, was Wissenschaftsministerin Karl, die voriges Jahr mit ihrem witzigen Slogan "Gymnasium für alle" signalisiert hat, dass sie weiß, in welche Richtung sich die Schulsysteme der hochentwickelten Länder fortbewegen, bewogen hat, für dieses Papier ihren guten Namen herzugeben.

**Wolkige "Empfehlungen"**

Die OECD, der Thinktank der hochentwickelten Länder, legt den Bildungspolitikern seiner Mitgliedsstaaten seit Jahren nahe, Schulreformen dadurch zu entkrampfen und zu entideologisieren, dass sie bei allen Vorschlägen die "evidence base", d. h. die wissenschaftlich gesicherte Basis, darlegen. Den Autoren des ÖVP-Papiers scheinen sowohl die heimischen wie die internationalen Befunde der Bildungsforschung entweder unbekannt oder egal gewesen zu sein, sonst hätten sie nicht Folgendes gefordert:

- Q die als "Bildungsempfehlung" getarnte Auslese für die AHS;
- Q die Vortäuschung der "Gleichwertigkeit" von AHS und Hauptschule;
- Q die Durchlässigkeit zwischen Schultypen mit spezifischen Schwerpunkten;
- Q eine "mittleren Reife" als zusätzliche selektive Bildungshürde.

Diese Vorschläge als "unüberlegt" zu bezeichnen ist kein Werturteil, sondern ein zweifach in aller Öffentlichkeit bewiesenes Faktum (ganz abgesehen davon, dass sie im Papier selbst völlig unerläutert bleiben): Sowohl bei der Pressekonferenz, bei der das sogenannte Bildungskonzept vorgestellt wurde, als auch im *ZiB 2*-Interview mit Armin Wolf war ÖVP-Obmann Josef Pröll außerstande zu erklären, worin der Sinn einer schulorganisatorischen Differenzierung zwischen zwei Schultypen auf der Sekundarstufe I besteht, die beide den gleichen Fächerkanon aufweisen, die beide die gleichen Formen der Leistungsdifferenzierung und Individualisierung praktizieren und die beide an den gleichen Bildungsstandards gemessen werden. Sein diffuser Hinweis auf "unterschiedliche Schwerpunkte" dürfte ein schwach verschlüsseltes Signal an die Gymnasiallehrerschaft sein, dass die AHS-Unterstufe auch in Zukunft doch "gleichwertiger" bleiben soll als die Hauptschule.

Das ÖVP-Team scheint wenig Ahnung vom tatsächlichen Funktionieren des österreichischen Schulwesens zu haben, da sie etwa offenkundig nicht weiß, dass die nunmehr mit Aufstiegsversprechungen versehene "Durchlässigkeit" zwischen Hauptschule und AHS-Unterstufe seit Jahrzehnten in der überwältigenden Mehrzahl der Fälle in der Abstufung vom Gymnasium in die

Hauptschule besteht oder dass für mehr als 40 Prozent der Schüler der AHS-Unterstufe die achtjährige Langform des Gymnasiums eine Illusion bleibt, weil sie mit 14 Jahren in berufsbildende Schulen wechseln.

Die schlimmste Unterlassungssünde der ÖVP-"Experten" ist jedoch, dass sie sich mit dem wolkigen Begriff "Bildungsempfehlung" über eine seriöse Auseinandersetzung mit dem Problem der Auslese am Ende der Grundschule hinwegschwindeln. Es ist furchterregend naiv zu glauben, dass die Entscheidung für den AHS-Übertritt auf der Basis von "Empfehlungen" von Volksschullehrer erfolgen kann, die wegen der (nicht selbstverschuldeten, sondern systemischen) Subjektivität und Unverlässlichkeit ihrer Noten ein schlechtes Gewissen haben und den Sekundarschulübertritt ihrer Viertklässler möglichst konfliktarm überstehen möchten; die Entscheidung für die AHS wird de facto gesteuert von den Ambitionen, der Durchsetzungskraft und dem "competitive advantage" bildungsnahe Eltern mit kulturellem Kapital.

Hätten die Autoren des ÖVP-Papiers auch nur eine oberflächliche Recherche zur Tauglichkeit verschiedener Ausleseverfahren durchgeführt, wären sie auf großangelegte Studien gestoßen, die festgestellt haben, dass weder die Grundschulnoten noch die Aufnahmsprüfungen noch Probeunterricht an Gymnasien noch Grundschullehrergutachten ausreichend verlässliche Prognosen der Eignung für die Matura oder ein zukünftiges Studium erlauben. Und was die Empfehlungs- und Beratungspraxis der Grundschullehrer/-innen betrifft, so gibt es massive empirische Evidenz dafür, dass dabei das sogenannte "Matthäus-Prinzip" herrscht: Jenen, die schon haben (nämlich Informationen und Aspirationen), wird auch noch gegeben.

Welchen Sinn soll die Einführung einer Prüfung zur "mittleren Reife" (in einigen europäischen Ländern eine mit 16 Jahren erworbene Qualifikation am Ende der Schulpflicht) für 14-Jährige haben, wenn die Kompetenzen dieser Altersgruppe ohnedies ab dem Jahr 2013 mit den sogenannten Bildungsstandards getestet wird?

### **Nur ein Täuschungsmanöver?**

Möglicherweise sind ernsthafte Auseinandersetzungen mit solchen Fragen aber ohnedies müßig, weil nicht unwahrscheinlich ist, dass das ÖVP-Bildungskonzept in seiner inhaltlichen Dürftigkeit eine ganz andere Funktion hat, nämlich die, der Öffentlichkeit den Eindruck der Bereitschaft zur bildungspolitischen "Bewegung" zu suggerieren und den Regierungspartner SPÖ in Verlegenheit zu bringen. Ist die Bereitschaft, auf die bisherige gesetzliche Begrenzung des Schulversuchs "Neue Mittelschule" zu verzichten und alle Hauptschulen zu Neuen Mittelschulen "aufzuwerten", bloß ein leicht zu durchschauendes Täuschungsmanöver?

In jedem Falle hat die ÖVP ein Glaubwürdigkeitsproblem. Sie hat nämlich vielfach erklärt, jegliche Strukturreform vom Ausgang der Evaluierung des laufenden Schulversuchs Neue Mittelschule abhängig zu machen.

All jene, die sich das peinlich dünne Papier nicht im Original auf der ÖVP-Homepage angeschaut haben, sondern bloß auf der Basis der vagen Ankündigungen von Parteiobmann Pröll und Wissenschaftministerin Karl meinen, es handle sich um "einen Schritt in die richtige Richtung", kann man nur warnen. Wer in Gmunden auf dem Landungssteg am Stadtplatz nach der "richtigen Richtung" nach Ebensee fragt, den wird man gerade nach Süden weisen. Wer dann einen Schritt in die richtige Richtung macht, fällt in den Traunsee.

Merke: Nicht selten sind "Schritte in die richtige Richtung" der falsche Weg.

Karl Heinz Gruber lehrt Vergleichende Erziehungswissenschaft an der Universität Wien.